Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

für Anhalt und Thüringen.

1918 Nr. 19 — Jahrgang 211

Bezugspreis: Für Halle und Vororte monatlich Mk. 1.25, für das Vierteljahr Mk. 3.75 frei ins Haus. Durch die Post bezogen monatlich Mk. 1.34, für das Vierteljahr Mk. 4.02, einschließlich der postal. Zustellungsgebühr. Die Hallesche Zeitung erscheint wöchentlich dreizehnmal. Kostenlose Beilage: „Hallescher Courier".

Morgen-Ausgabe

Freitag, 11. Januar

An eigenpreis: Für Halle und Vororte kostet die 40 mm breite Anzeigenzeile 35 Pfg. Geschäftsanzeigen 20 Pfg. mit 10% Aufschlag. Auswärtige Anzeigen Zeile 80 Pfg. mit 10% Aufschlag. Reklamen 100 Pfg. Rabatt nach Tarif. Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle und aller bekannten Annoncen-Expeditionen. Postscheckkonto Leipzig 20512.

Geschäftsstelle Leipzigerstraße 61/62. Fernruf Sammelnummer 7801. Nach Geschäftsschluß: Schriftleitung 5610, Geschäftsstelle 5608 u. 5609. ::: Hauptschriftleiter: Dr. Hans Simon, Halle-Saale. :::

Eigene Geschäftsstelle in Berlin und Berliner Schriftleitung Bernburgerstraße 30. — Fernsprecher Amt Kurfürst Nr. 6250. ::: Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale. :::

Brest-Litowsk bleibt Verhandlungsort

Fortsetzung der Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk

Brest-Litowsk, 10. Jan. In der heute vormittag abgehaltenen Sitzung erklärte sich die russische Delegation bereit, die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk fortzusetzen. Ferner stellte sie fest, daß die vom Wolff-Büro veröffentlichte Darstellung über den Verlauf der Sitzung vom 28. Dezember dem tatsächlichen Hergang entspricht. Die von der russischen Telegraphen-Agentur verbreitete Nachricht über den Verlauf dieser Sitzung wurde russischerseits als unrichtig bezeichnet.

Eine wichtige Sitzung in Brest-Litowsk

Brest-Litowsk, 9. Jan. Heute vormittag um 11 Uhr fand eine Vollsitzung, an der sämtliche Delegationen und die ukrainischen Vertreter teilnahmen, statt.

Staatssekretär von Kühlmann gab zunächst einen kurzen Rückblick auf die Vorgeschichte und den bisherigen Gang der Verhandlungen und erklärte: Die von der russischen Delegation für die Erklärung der jetzt am Kriege beteiligten Mächte festgesetzte Frist ist am 4. Januar 1918 Mitternacht abgelaufen. Von seinem der anderen Kriegführenden ist eine Erklärung über den Beitritt zu den Friedensverhandlungen eingegangen. Wie sich aus dem Inhalt der Mitteilung der verbündeten Regierungen vom 25. Dezember 1917 ergibt, war die wesentlichste Forderung, die darin gestellt wurde, die einstimmige Annahme der alle Völker in gleicher Weise bindenden Bedingungen durch alle feindlichen Mächte. Der Nichteintritt dieser Bedingungen hat die aus dem Inhalt der Erklärung und dem Verstreichen der Frist sich ergebenden Folgen. Das Dokument ist hinfällig geworden.

Der Staatssekretär kam dann auf die Forderung der russischen Regierung, die Verhandlungen nach Stockholm bzw. in das neutrale Ausland zu verlegen, zu sprechen und erklärte es als feststehenden unabänderlichen Entschluß, die Verhandlungen an keinem anderen Orte weiterzuführen. Sie sind aber wie früher aus Courtoisie gern bereit, die formale Schlußverhandlung und Unterzeichnung der Präliminarien an einem mit der russischen Delegation zu vereinbarenden Orte vorzunehmen und über die Wahl dieses Ortes in eine Debatte einzutreten: „Es kann nicht unerwähnt bleiben, daß seit dem Abschluß des Gedankenaustausches vor der zeitweiligen Unterbrechung der Verhandlungen sich manches zugetragen hat, was geeignet schien, zweifel an der aufrichtigen Absicht der russischen Regierung zu erwecken, mit den Mächten des Vierbundes zum Abschluß eines Friedens zu gelangen. In einer der russischen Kundgebungen war eine angeblich in der Sitzung vom 28. Dezember 1917 durch den Vorsitzenden der russischen Delegation Herrn Joffe gegebene Antwort ausführlich wiedergegeben, die, wie ein Einblick in die Akten lehrt, lediglich aus der Phantasie des Erfinders entsprungen ist. Diese in allen Teilen erfundene Mitteilung hat erheblich dazu beigetragen, das Urteil über den bisherigen Verlauf der Verhandlungen zu verwirren und deren Ergebnis zu gefährden. Wenn ich trotzdem die Hoffnung nicht völlig aufgeben möchte, daß die Verhandlungen zu einem ersprießlichen Ergebnis führen können, so gründet sich diese Hoffnung in erster Linie auf den uns bekannten und durch die russische Delegation in beredter Weise zum Ausdruck gebrachten Wunsch nach einem dauernden und gesicherten Frieden und auf die Erfahrungen, die wir in den Verhandlungen mit der Kriegsmethode der russischen Abordnung gemacht haben. Soweit sich aus dem vor der Arbeitspause geführten Verhandlungen ein Urteil bilden läßt, halte ich die Schwierigkeiten materieller Natur nicht für groß genug, um ein Scheitern des Friedenswerkes und damit voraussichtlich die Wiederaufnahme des Krieges im Osten mit seinen unabsehbaren Folgen für gerechtfertigt zu halten."

Hierauf führte der österreichisch-ungarische Minister Graf Czernin etwa folgendes aus:

„Die Gründe, deretwegen wir eine Verlegung der Verhandlungen im jetzigen Augenblick in ein neutrales Land verweigern, sind doppelter Natur:

1. Technischer Art. Sie wie wir sind von hier aus mit direkten Drähten mit den Regierungen verbunden, und täglich findet ein Meinungsaustausch statt. Wir alle können diesen Apparat nicht missen, sollen die Verhandlungen nicht unendlich erschwert und verzögert werden. Noch wichtiger ist das 2. Motiv: Wir haben uns auf einer Basis für den allgemeinen Frieden geeinigt. Auf dieser Basis haben Sie Ihren Verbündeten ein zehntägiges Ultimatum gestellt. Ihre Verbündeten haben Ihnen nicht geantwortet und heute handelt es sich nicht mehr um Verhandlungen zwecks eines allgemeinen Friedens, sondern eines Separatfriedens zwischen Rußland und dem Vierbund. Die Verlegung der Verhandlungen auf neutrales Gebiet würde der Entente die von ihr erwünschte Gelegenheit geben, störend einzugreifen. Wir wehren uns, den Westmächten diese Gelegenheit zu liefern, aber wir wären bereit, an einem noch zu bestimmenden Ort die formale Schlußverhandlung und die Unterzeichnung des Friedensvertrages wahrzunehmen.

Was den meritorischen Teil der Verhandlungen anbelangt, in welchem eine Uebereinstimmung zwischen Ihnen und uns noch nicht erzielt ist, so haben wir und in der letzten Plenarsitzung bindend darauf geeinigt, diese Fragen einer ad hoc zu bildenden Kommission zu übergeben, welche sofort ihre Arbeiten zu beginnen hätte.

Alle vier Alliierten sind völlig einig darüber, die Verhandlungen auf der von dem Herrn Staatssekretär und mir entwickelten mit den russischen Herren bereits abgemachten Basis zu Ende zu führen. Wenn die Herren der russischen Delegation von den gleichen Intentionen beseelt sind, so werden wir zu einem alle befriedigenden Ergebnis gelangen. Wenn nicht, dann werden die Dinge ihren Lauf nehmen, aber die Verantwortung für die Fortsetzung des Krieges fällt dann ausschließlich auf die Herren der russischen Delegation.

Großwesir Talaat Pascha und Justizminister Popow schlossen sich namens der türkischen und der bulgarischen Delegationen diesen Ausführungen an.

Darauf gab General Hoffmann eine Erklärung ab, in der er gegen die in einer Anzahl russischer Funksprüche und Aufrufe gegen die deutschen Heereseinrichtungen und die deutsche Oberste Heeresleitung erhobenen Beschimpfungen und die darin enthaltenen Aufforderungen revolutionärer Charakters an unsere Truppen auf das entschiedenste Protest einlegte.

Vertreter der drei Delegationen unserer Verbündeten schlossen sich diesem Protest an.

Auf Vorschlag des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Trotzki wurde nunmehr die Sitzung unterbrochen.

Abendbericht des Großen Hauptquartiers

Berlin, 10. Jan., abends. (Amtlich.) Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der österreichische Generalstabsbericht

Wien, 10. Jan. Amtlich wird verlautbart:

Oestlicher Kriegsschauplatz

Waffenstillstand.

Italienischer Kriegsschauplatz

Westlich Asiago wurde ein feindlicher Angriff abgewiesen.

Der Chef des Generalstabes.

Die französischen Niederlagen bei Flirey

Berlin, 10. Jan. Es bestätigt sich, daß die Franzosen bei ihrem Angriff westlich Flirey am 8. Januar, der mit einer völligen Niederlage endete, außerordentlich hohe Verluste erlitten haben. In einem schmalen Abschnitt wurden allein über 100 tote Franzosen gezählt. Sehr interessant ist demgegenüber die Angabe des Funkspruches Lyon vom 10. Januar 4½ Uhr vormittags, der meldet, daß die Verluste der Franzosen außer einigen Leichtverwundeten nur sechs Tote betragen hätten.

Trotz schlechten Wetters setzten die Engländer und Franzosen unter starkem Feuerschutz in größerer Stärke ihre Erkundungsversuche fort. In Flandern westlich Zandvoorde scheiterten starke englische Patrouillenangriffe restlos.

Auch an den übrigen Stellen der Westfront konnten vorgehende Erkundungsabteilungen nicht einmal bis an unsere Hindernisse herangelangen.

Elsaß-Lothringen

Auf dem Bezirkstag des Unterelsaß hielt der zum Präsidenten wiedergewählte Unterstaatssekretär a. D. Dr. Petri eine Ansprache, in der er u. a. ausführte:

„In der Presse aller Länder begegnet man vielfach dem Gedanken, daß der Hauptstein des Anstoßes auf dem Wege zum Völkerfrieden unter liebes Heimatland ist. Nach den Auslassungen der maßgebenden Stellen in Frankreich mag es damit wohl seine Richtigkeit haben. Auch vom Kanal herüber vernehmen wir dieselben Töne, welche die kaum verdeckte Absicht verraten, den französischen Kriegswillen immer wieder aufs neue anzufeuern. Demgegenüber kann man nicht oft genug wiederholen, daß es für uns in Deutschland keine elsaß-lothringische Frage im internationalen Sinne gibt und geben kann. Ich glaube mich gewiß, meine Herren, zum Dolmetscher Ihrer einmütigen Stimmung zu machen, wenn ich hier, am Fuße des Straßburger Münsters erkläre, daß es ein Verbrechen an der Menschheit ist, das Blutvergießen um einen einzigen Tag zu verlängern, um dieses deutsche Land von seinem alten Mutterlande losreißen zu wollen."

Trotzki gegen die französische Militärabordnung

Stockholm, 10. Jan. Nach dem „Nowaja Schizn" hat Trotzki verlangt, daß die französische Militärabordnung ihr Aufklärungsbüro schließe, ihre drahtlose Telegraphie aufgebe und ihre Offiziere über die Grenze schicke.

Lloyd George und Englands wahre Absicht

Von Geh. Admiralitätsrat a. D. Paul Koch

„Wir führen keinen Angriffskrieg gegen das deutsche Volk . . . Es ist nicht unser Wunsch, die große Stellung . . . Deutschlands . . . in der Zukunft in Frage zu stellen" — so sprach vor wenigen Tagen der Hüter der „Heiligkeit von Verträgen" und Hort des „internationalen Rechts", Lloyd George, in seiner Ansprache an die Vertreter der Gewerkschaften. Inzwischen erbringen die russischen Veröffentlichungen der Geheimverträge fortgesetzt vor aller Welt den Beweis, wie bereits lange vor dem Kriege das Fell des Bären unter die Spießgesellen der Entente verteilt worden ist. Sie zeigen insbesondere, welcher Art die „idealen Gründe waren, aus denen England in den ihm angeblich „aufgedrängten" Krieg eintrat. Und wahrlich, man muß nur heute noch einmal jenen Artikel der „Saturday Review" vom 11. September 1897 mit seinem schnöden Hinweis auf „the autrageous follies of William the Witless" in die Hand nehmen, um sich zu vergegenwärtigen, daß England seit 20 Jahren kein anderes Ziel kennt, als „Germaniam esse delendam". Trotzdem könnte man auf den Gedanken kommen, daß der auch in der Rede Lloyd Georges — mit dem Hinweis auf die Verwendung der Rohstoffmärkte — uns soeben wieder angedrohte wirtschaftliche Nachkrieg, daß insbesondere die Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz von 1916 in das Gebiet der Phrasen zu verweisen seien, wenn nicht die Zusammenstellung der Maßnahmen und Bestrebungen, die das feindliche Ausland zur Bekämpfung des deutschen Handels tatsächlich bereits eingeleitet hat, zeigen würde, wie ernst diese Versuche gemeint sind. Um eine solche Zusammenstellung hat sich besonders das unter Leitung von Professor Harms stehende Königliche Institut für Seeverkehr in Kiel mit seinem Sammelwerk „Der Wirtschaftskrieg"*) das größte Verdienst erworben. Es ist in der Tat dringend erforderlich, daß bei uns in der weitesten Oeffentlichkeit begriffen wird, daß hinter den Phrasen eines Lloyd George und hinter dem Cynismus eines Pressefords Northcliff der bitterste Wille steht, nicht nur den deutschen Handel zu bekämpfen, sondern das deutsche Wirtschaftsleben im Ausland, die Betätigung des deutschen Kapitals, den Absatz deutscher Erzeugnisse mit Stumpf und Stiel und mit allen Mitteln der Gewalt, der List und des Luges und Truges auszurotten, um sich selber in die leer gewordenen Stätten einzudrängen. Seit Kriegsbeginn ist diese zielbewußte Arbeit am Werk, und wer durch den weinerlichen Ruf nach einem Verständigungsfrieden den Krieg noch immer weiter in die Länge zieht, statt seinerseits England gegenüber den letzten Vernichtungswillen zu predigen, der trägt nur dazu bei, daß dieses grimmige Vernichtungswerk seinem Endziel immer näher kommt, und daß drüben allmählich vergessen wird, was „Made in Germany" einst bedeutete, und wieviel deutsche Wissenschaft, deutsche Betriebsamkeit und deutsche Treue dazu beitrugen, die Menschheit in allen Zonen dem Ideale der Menschlichkeit näher zu bringen.

Jedes Mittel war England recht, so die Eröffnung an ein großes überseeisches Haus „that my credit there was no longer good", so die schwarzen und die grauen Listen, die Nichtigkeitserklärungen geschlossener Verträge und die general same Verdrängung des deutschen Einflusses, der deutschen Angestellten und aller deutschen Interessen, um so jeden Kanal, durch den der deutsche Handel nach dem Kriege in den Weltmarkt eindringen und seinen Anteil an der Produktion der Welthandelsgüter und dem Absatz wieder übernehmen könnte, ein für alle Mal zu verschließen. Es ist wahr, man hat die deutschen Waren, die sich draußen vorfanden, nicht ohne weiteres verschleudert, das hätte einen Preissturz hervorrufen können, man hat auch die deutschen Geschäfte nicht ohne weiteres geschlossen, denn man hatte nichts anderes in die entstandenen Lücken zu setzen, ja man hat auch die Ergebnisse der Liquidationen nach Abzug der nötigen Spesen bei den Banken niedergelegt, alles das freilich nicht, um es den deutschen Gläubigern auszuzahlen, sondern nur als Faustpfand für die deutsche Kriegsentschädigung, als Kaufsummsmittel, wenn dereinst „Tonne für Tonne" die versenkten Schiffe Deutschland in Rechnung gestellt werden, und es wäre überraschend, wenn es nicht so schmählich wäre, wie man Tag für Tag neue Methoden erfand, um die deutschen Handelsverbindungen bis in ihre feinsten Beziehungen zu verfolgen und mit geschäftlichem und gesellschaftlichem Boykott alle die zu treffen, die irgend an derartigen Verbindungen in zweiter oder dritter Linie beteiligt waren. Hierüber ist besonders in dem genannten

*) Der Wirtschaftskrieg. I. Bd: England. Jena, bei Gustav Fischer.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191801111-15/fragment/page=0001

Hermsschen Buch ein überwältigendes Material zusammengetragen worden, das allerdings nur mit nachhaltigem Studium bewältigt werden kann.

Leichter zu übersehen sind die englischen Versuche mit der Förderung des eigenen Gewerbefleißes, mit dem Raube deutscher Patente und Musterzeichen, um der deutschen Ware den Absatz abzugraben und englische Erzeugnisse an ihre Stelle zu setzen. Diese Bestrebungen erstrecken sich auf die chemische Industrie, auf Bergbau und Hüttenwesen, auf die Glasindustrie und ihr verwandte Geschäftszweige, insbesondere auch auf Gläser für wissenschaftliche Zwecke, optische Gläser und Kunstgläser, auf die Papierindustrie, die Spielwarenindustrie und vieles andere mehr. Hier nun freilich wird vielfach selbst von englischer Seite zugestanden, daß man vorläufig das Ziel noch nicht erreicht habe, und deutlicher wird dies beispielsweise durch die Klagen über die in englischen Werken hergestellten Farben und durch die viel höheren Preise, soweit nicht überhaupt durch den Mangel an Grundstoffen die weitere Herstellung in Frage gestellt wurde. Hier tritt dann noch ein anderes in die Erscheinung, daß nämlich die englischen Inseln für sich allein nicht in der Lage waren, die bisher von Deutschland besorgte Warenlieferung zu übernehmen, und daß man sich genötigt sah, die betreffenden Gewerbezweige nach Kanada und selbst nach Australien zu verpflanzen. Es mag sein, daß die Kanadier und Australier einstweilen bei der Abhängigkeit von dem englischen Mutterlande sich wohl befinden, gleichwohl kann es keinem Zweifel unterliegen, daß die Verminderung der wirtschaftlichen Abhängigkeit mit der Zeit auch den Willen zu politischer Abhängigkeit und politischer Gefolgschaft vermindern, und daß insofern die Waffe sich als zweischneidig erweisen wird. Gefährlicher ist noch die immer deutlicher sich hervorkehrende Entschlossenheit Japans, auch seinerseits aus dem gegen Deutschland gerichteten Vernichtungskrieg Vorteil zu ziehen, und so sicher es sein mag, daß Japan für sich allein gegen eine geschlossene Liga der weißen Rasse in Handel und Gewerbe einen schweren Stand hatte, so sicher muß es erscheinen, daß der von England angezettelte Vernichtungskrieg Japans wirtschaftlicher Entwicklung zugute kommen und ihm mindestens die Märkte des fernen Ostens und der Südsee insoweit eröffnen muß, daß englische und wahrscheinlich auch amerikanische Ware hier schon in naher Zukunft keinen Absatz mehr finden.

Ueberaus lehrreich sind die englischen Versuche durch Förderung der Wissenschaft und des Fachunterrichtes auf den in Betracht kommenden Gebieten der englischen Rückständigkeit nachzuhelfen und den englischen Fabrikanten und Arbeiter in den Stand zu setzen, es dem von seinem Platz verdrängten deutschen Wettbewerber gleich zu tun. Hier freilich öffnet sich für uns ein Hoffnungsschimmer, denn die Lücken des Wissens, die Vernachlässigung der Forschung lassen sich am allerwenigsten von heute auf morgen ausfüllen, und vor allem die Charaktereigenschaften, die den Deutschen an sein Studierzimmer fesseln, während der englische Student seine Lorbeeren in sportlicher Betätigung suchte, lassen sich so schnell nicht wandeln und geben uns die begründete Hoffnung, daß in dem gegen uns angezettelten Vernichtungskrieg das letzte Wort noch nicht gesprochen ist. Eines ist klar, mit Friedensbedingungen und mit papiernen Zugeständnissen lassen sich die Ergebnisse der Vergiftung, die nun im vierten Jahre unserem Wirtschaftsleben in seiner überseeischen Betätigung eingeimpft ist, nicht beseitigen; wir werden uns darin finden müssen, daß vieles für immer verloren ist, und daß wir überall von vorn wieder anfangen müssen, um so mehr aber gilt es „Arbeiten und nicht verzweifeln" und um so weniger kann davon die Rede sein, mit einem Winseln um „Verständigung" das Verlorene wieder zu gewinnen, und dem deutschen Arbeiter Brot zu schaffen.

Das Dardanellen-Abenteuer

Berlin, 10. Jan. Am 8. Januar jährte sich zum zweiten Mal der Tag, an dem die Entente endgültig beschloß, das Dardanellen-Abenteuer aufzugeben, ein Unternehmen, dessen ungünstiger Ausgang von der englischen Presse als nationales Unglück beklagt wurde. 300 000 Mann hatten Engländer und Franzosen auf dem steinigen Felsen Gallipoli liegen lassen müssen. 12 feindliche Linienschiffe und Kreuzer, 17 Panzerkreuzer und etwa 20 Unterseeboote waren in den Meerengen von den türkischen Strandbatterien und den deutschen U-Booten zerstört oder schwer beschädigt worden, während die Kosten der ergebnislosen Expedition sich auf rund fünf Milliarden Mark beliefen.

Englischer Heeresbericht

vom 9. Jan.: Im Dunkel des gestrigen Abends glückte es dem Feinde, in zwei unserer vorgeschobenen Posten nördlich der Bahn Ypern-Staden einzudringen; er wurde jedoch durch örtliche Gegenangriffe sofort wieder hinausgeworfen. Heute am frühen Morgen führten kanadische Truppen einen erfolgreichen Streifzug südlich Lens aus, wobei sie zwei Maschinengewehre erbeuteten.

Vom 9. Jan. abends: Nachts war unsere und die feindliche Artillerie an einzelnen Stellen südlich der Scarpe tätig. Die feindliche Artillerie entwickelte auch einige Tätigkeit nordöstlich Ypern. Sonst nichts von besonderem Interesse zu melden.

Französischer Heeresbericht

vom 9. Jan. nachmittags: Zeitweilig unterbrochene Artillerietätigkeit auf einigen Punkten der Front ohne Infanterietätigkeit.

Vom 9. Jan. abends: Gegenseitige Artillerietätigkeit auf dem rechten Maasufer im Abschnitt der Höhe 304 bei Beaumont. Ein deutscher Handstreich auf unsere kleinen Posten bei Nomeny war erfolglos. Der Tag war sonst an der ganzen Front ruhig.

Italienischer Heeresbericht

vom 9. Jan.: Lebhaftes Feuer von Caralla bei Brenta und Beunruhigungsfeuer über die Piave hinweg. Zwischen den Höhen des Valdobbiadenet und des Montello wurde ein kleiner Angriffsversuch des Feindes in Richtung auf den Monte Melago (Hochfläche von Asiago) durch unser Sperrfeuer vereitelt. Feindliche Truppenbewegungen um Rovente herum wurden wirksam unter Feuer genommen.

Die Versorgung des amerikanischen Heeres

Washington, 10. Jan. (Reuter.) Das Lebensmittelamt wird einen Teil des Ertrages aller Mühlen der Vereinigten Staaten, der aber 30 Prozent nicht überschreiten darf, aufkaufen, um den Bedarf des Heeres und der Flotte und den Bedarf der Alliierten zu decken.

Die polnischen Gäste in Berlin

Berlin, 10. Jan. Wir erfahren von polnischer Seite: Der polnische Regentschaftsrat und der Ministerpräsident mit Gefolge stehen unter dem überwältigenden Eindruck des gestrigen Empfanges bei Sr. Majestät. In den Nachmittagsstunden fand zu Ehren der Warschauer Gäste ein großer Empfang bei Sr. Exzellenz Grafen Hutten-Czapski statt. In den Abendstunden folgten die Herren vom Regentschaftsrat und der polnischen Regierung einer Einladung des Herrn Staatssekretärs im Reichsamt des Innern Exzellenz Wallraff. Die Vormittagsstunden am 9. Januar waren ernster Arbeit gewidmet. In Fachkonferenzen wurden die laufenden Fragen behandelt, u. a. die Amnestiefrage, auf die die Vertreter Polens viel Gewicht legen. Es wird versichert, daß die Verhandlungen zu einem befriedigenden Ergebnis geführt haben. Zum Frühstück waren die Herren Gäste des Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amte Freiherrn von dem Bussche. Abends reisten die Warschauer Herren nach Wien, um Kaiser Karl ihre Aufwartung zu machen.

Der polnische Regentschaftsrat in Wien

Wien, 10. Jan. Die Mitglieder des polnischen Regentschaftsrats trafen mittags in Wien ein. Auf dem mit Fahnen und Emblemen in den polnischen Nationalfarben geschmückten Nordwestbahnhof hatte sich in Vertretung des Kaisers Erzherzog Rainer eingefunden. Der Erzherzog begrüßte die Gäste im Namen des Kaisers herzlichst. Im Hofwagen erfolgte die Fahrt nach der Hofburg. In den Höfen der Hofburg hatte sich zahlreiches Publikum angesammelt, das die polnischen Regenten sympathisch begrüßte.

Dänemark und Norwegen erkennen Finnland als freien, unabhängigen Staat an

Kopenhagen, 10. Januar. Der Minister des Aeußern sandte heute an die Regierung Finnlands nachstehendes Telegramm: Im Anschluß an die Aeußerungen Sr. Majestät des Königs zu der finnischen Delegation, durch die derselben die Stellung der dänischen Regierung bekanntgegeben wurde, habe ich die Ehre mitzuteilen, daß die dänische Regierung Finnland als freien, unabhängigen Staat anerkennt und darin einwilligt, mit der Regierung Finnlands in direkte Verhandlungen zu treten.

Kristiania, 10. Januar. (Norske Telegrammbyrå.) Norwegen hat Finnland als freien unabhängigen Staat anerkannt.

Freude in Finnland

Helsingfors, 9. Jan. Wie die P. T. A. meldet, hat die Stadt aus Anlaß der Anerkennung der Unabhängigkeit Finnlands seit zwei Tagen geflaggt. Der Hauptausschuß der sozialdemokratischen Partei wünscht den russischen Genossen seine Dankbarkeit auszudrücken und schlägt eine festliche Veranstaltung vor, zu der Vertreter aus Rußland erwartet werden. Ein Erlaß setzt die unverzügliche Einsetzung eines revolutionären Gerichtshofes fest.

Eine neue englische Kriegszielrede bevorstehend

Amsterdam, 10. Jan. Nach einer Meldung eines hiesigen Blattes wird Balfour heute eine Rede halten und darin wahrscheinlich nochmals auf die Wichtigkeit der Botschaft Wilsons und der Kriegszielrede Lloyd Georges hinweisen. Die „Morning Post" meldet: Lloyd George erhielt von einer großen Anzahl englischer Gewerkschaften telegraphische Kundgebungen für und auch gegen seine Kriegszielrede. Der Ministerpräsident wird im Parlament Erläuterungen zu seiner Ansprache an die Gewerkschaften geben.

Ein Holländer über Lloyd Georges Rede

Haag, 9. Jan. C. L. Torley Duwal schreibt im „Nieuwe Courant" über die letzte Rede Lloyd Georges: Für die absichtliche Undeutlichkeit in dieser Rede gibt es nur eine Auslegung: der Premierminister war durch den Gang der Ereignisse in Brest-Litowsk gezwungen, eine Antwort zu geben. Diese Antwort durfte nicht so sein, daß sein Plan, der sich auf die energische Hilfe der Vereinigten Staaten aufbaute, dadurch eine Veränderung erfahren hat. Diese amerikanische Hilfe kann bestenfalls in der zweiten Hälfte dieses Jahres eintreffen. Die Rede bedeutet ein neues Kriegsjahr, und die Artillerie ist wieder am Worte.

Englische U-Bootsbesatzungen verlassen Rußland

Stockholm, 10. Jan. „Svenska Dagbladet" erfährt aus Helsingfors, daß von dort vorgestern 250 englische Matrosen und Offiziere von der Besatzung der in der Ostsee liegenden englischen U-Boote abgereist seien. Sie sollen über Petersburg und Archangelsk heimfahren.

Ein englischer Zerstörer untergegangen

Hamburg, 10. Jan. In der Deutschen Bucht wurden Patronenkästen mit leeren 7,6 Zentimeter-Kartuschen und ein Rettungsring, gezeichnet „H. M. S. Radient", aufgefischt.

„Radient" ist ein neuer englischer Zerstörer, der danach anscheinend untergegangen ist.

Nach Emden aufgebracht

Amsterdam, 9. Jan. Die Niederländische Telegraphen-Agentur meldet, daß der Segler „de Hoop" von Amsterdam nach Hull, mit einer Ladung Lumpen unterwegs, nach Emden aufgebracht worden ist.

Die amerikanischen Werften können nur drei Millionen Tonnen bauen

Amsterdam, 9. Jan. Nach holländischen Blättermeldungen aus Washington teilte der Präsident der New Shipbuilding Company Ferguson der Handelskommission des Senats mit, daß man seiner Schätzung nach in diesem Jahre nur drei Millionen Tonnen bauen könne und nicht wie gehofft 8½ Millionen Tonnen.

Angespülte Minen

Haag, 10. Jan. Im Monat Dezember wurden an der niederländischen Küste 287 Minen angespült, wovon 277 englischen, eine französischen, fünf deutschen und vier unbekannten Ursprungs waren.

Türkischer Heeresbericht

Konstantinopel, 10. Jan. Amtlicher Tagesbericht: Keine Ereignisse von Bedeutung.

Montenegros Unterwerfung

Zum zweijährigen Gedenktage der Erstürmung der Lowcen. 1916 — 11. Januar — 1918.

Von Oberst Immanuel.

Der Lowcen ist seit Jahrhunderten das Wahrzeichen der „Schwarzen Berge", das Sinnbild der Unbezwinglichkeit der Felsen, hinter denen die Czernagorzen bis dahin ihre Freiheit gegen alle Eroberungsversuche verteidigt hatten. Einer Mauer gleich türmt sich die Felswand des Lowcen über dem schmalen Küstensaum der Bucht von Cattaro empor, eine schwarzgraue, finstere Wand ohne Baum und Strauch, drohend und unnahbar zugleich, scheinbar unersteiglich von der Seeseite her.

Als der Weltkrieg ausbrach, setzte der König von Montenegro sein Streben dahin ein, zunächst Stadt und Hafen von Cattaro durch eine starke Geschützwirkung vom Lowcen her zusammenschießen zu lassen, um dann zum Angriff zu schreiten und Oesterreich diesen Platz zu entreißen, der das Ziel der montenegrinischen Wünsche bildete. Italien, Rußland und Frankreich, haben keine Kosten gespart, um den Söhnen der Schwarzen Berge hilfreiche Hand bei den Vorbereitungen zu diesem Ueberfall zu leisten. Zahlreiche Geschütze und eine Menge Munition wurden auf den Felsenkamm des Lowcen hinaufgeschafft, so daß man hoffte, die kleine und doch so wichtige österreichische Hafenfestung bald zu bezwingen, um so mehr, als man überdies der Erwartung lebte, daß sich die Bevölkerung des österreichischen Dalmatiens zugunsten der Serben und Montenegriner erheben würde.

Allein die Dinge kamen wesentlich ander, als man sie sich in Cetinje vorgestellt hatte. So konnte Cattaro, wenn auch in beschränktem Maße, trotz des Lowcen der Schlupfwinkel der leichten österreichisch-ungarischen Flottenerie bleiben.

In den Kriegsjahren 1914/15 spielte sich um Cattaro ein langsamer Klein- und Grenzkrieg ab, in dem der österreichisch-ungarische Landsturm, darunter die treuen und tüchtigen dalmatinischen Aufgebote, siegreich und blutig die Vorstöße der Montenegriner vom Lowcen herab abwiesen.

Die Lage gewann aber ein ganz anderes Aussehen, als Anfang Dezember 1915 unser Feldmarschall v. Mackensen mit deutschen, österreichisch-ungarischen und bulgarischen Heeresteilen gleichsam im Sturmesflug Serbien bis auf den letzten Rest erobert hatte. Jetzt kam die Stunde der Abrechnung mit Montenegro. Die Streitkräfte dieses Bergvolkes, rund 50 000 Bewaffnete vom Knaben bis zum Greis, standen zumeist an der serbischen Grenze und wollten in den hohen, zerklüfteten Bergen am oberen Lim und an der oberen Tara in stark befestigten Stellungen dem Vordringen des Gegners nach dem inneren Montenegro Einhalt gebieten, um so mehr, als meterhoher Schnee bei grimmiger Kälte den Feldzug in diesem Gebiet ungemein erschwerte. Nach und nach gelang es der Armee Köveß, die Montenegriner über den Lim zurückzudrängen.

Um aber ganze Arbeit zu machen und mit Montenegro so schnell als möglich fertig zu werden, beschloß die österreichisch-ungarische Heeresleitung, den Angriff auch von der Seeseite her zu eröffnen, also gerade dort anzufassen, wo es der Feind für unmöglich und ausgeschlossen hielt, nämlich am Lowcen. Da hierzu verhältnismäßig nur schwache Kräfte zur Verfügung standen, so wurde ein Teil der Armee Köveß an den Gebirgsfronten beschäftigt waren, wurde gegen den Lowcen der entscheidende Schlag vorbereitet. Die Werke von Cattaro unterhielten seit Anfang 1916 ein starkes Feuer gegen die Lowcenstellungen; die schweren Geschütze der k. u. k. Kriegsflotte sandte ihre Geschosse mit vernichtender Sicherheit hinauf auf die scheinbar so unerreichbaren Felsenhöhen. Auch Gasgranaten kamen zur Anwendung, deren Wirkung hier eine ganz besonders nachhaltige gewesen sein soll.

Während des Artilleriekampfes arbeiteten sich die österreichisch-ungarischen Gebirgsbataillone mit ihren Maschinengewehren und Minenwerfern von Abschnitt zu Abschnitt durch die Felsschlünde und Steilhänge der Lowcenmauer hinauf, die Montenegriner von Vorsprung zu Vorsprung, von Klippe zu Klippe vertreibend, ein zähes Ringen, in dem die bessere Durchbildung und die taktische Ueberlegenheit der k. u. k. Truppen die Oberhand gewann. Sie erklommen in fünf Tagen die 1759 Meter hohe Wand und waren am 10. Januar abends dicht unter der Höhenkante angelangt.

Der Feind, durch das Artilleriefeuer zermürbt und von der Aussichtslosigkeit des weiteren Widerstandes überzeugt, ließ es auf den letzten Entscheidungskampf nicht mehr ankommen, sondern gab die Stellung kampflos auf. Die gesamte auf dem Lowcen eingebaute Artillerie mit großen Munitionsmengen fiel in die Hände der Sieger.

Mit dem Verlust des Lowcen war Montenegros Widerstandskraft gebrochen. Das Volk, der Not und des Hungers müde, hatte die Lust am Widerstande und an der Fortsetzung des Krieges verloren. König Nikolaus, floh über Skutari und durch Albanien aus dem Lande, während die Behörden sich ohne weitere Kämpfe dem Sieger unterwarfen. Am 18. Januar, zwei Tage nach der Einnahme des Lowcen, wurde die Landeshauptstadt Cetinje besetzt, am 26. die Entwaffnung des ganzen Landes vollzogen, das unter österreich-ungarische Verwaltung trat und nach mehrjährigen Drangsalen endlich Ruhe fand. Die Gesamtbeute betrug 314 Geschütze, 50 000 Gewehre und 56 Maschinengewehre. Einige Tausend Montenegriner hatten sich nach Albanien geflüchtet und fanden später Aufnahme im Salonifi-Heere des Verbandes.

Unter den unzähligen Glanztaten des Krieges, die unsere und unserer Verbündeten Truppen vollbracht haben, nimmt der Sturm auf den Lowcen eine hervorragende Stelle ein. Hier waren ganz ungewöhnlich große Geländeschwierigkeiten zu bewältigen, deren Ueberwindung der Tatkraft, Ausdauer und Tapferkeit unserer Verbündeten das beste Zeugnis ausstellt.

Landtagsabgeordneter von Kröcher †

Berlin, 10. Jan. Der preußische Landtagsabgeordnete Exzellenz Jordan von Kröcher (I. Magdeburg-Salzwedel-Gardelegen) ist, 71 Jahre alt, heute nacht auf seinem Gute Singelberg (Kreis Gardelegen) gestorben.

Verleihung des Pour le mérite

Berlin, 10. Jan. Wie das „Militärwochenblatt" meldet, wurde das Eichenlaub zum Orden Pour le mérite dem Admiral von Schröder, ferner der Orden Pour le mérite dem Korvettenkapitän Kophann, dem Kapitänleutnant Wünsche und Rose, dem Oberleutnant Fricke und dem Oberleutnant zur See Howaldt verliehen.

Graf Luckner auf Neu-Seeland interniert

Dresden, 10. Jan. Graf Luckner vom Hilfskreuzer „Seeadler" ist, wie sein Vater mitteilt, unverwundet in Motutiti auf Neuseeland interniert.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191801111-15/fragment/page=0002

Englands Rückständigkeit

Gemessen an unseren Verhältnissen befindet sich England, wie auf dem Gebiete des Wahlrechts und des Parlamentarismus, auch auf anderen staatlichen und öffentlichen Gebieten auffallend im Rückstande, und wo Besserungen erfolgten, kamen sie viel später als in Preußen. Bis 1888 war der Standesherr, der die örtliche Obrigkeit ernannte oder dem Könige zur Ernennung vorschlug und die Steuern erhob, auf dem flachen Lande unbesch ränkter Gebieter; die ländliche Bevölkerung selbst war in der Verwaltung rechtlos. In den Städten aber lag bis 1835 und in gewissem Umfange noch bis zur Städteordnung von 1882 alles Recht bei der Altbürgerschaft, den Freemen, die in manchen Orten kaum 1 v. H. — für das aktive und passive Wahlrecht bei städtischen Wahlen allein in Betracht kamen. Die Verwaltungsgerichtsbarkeit ist außerordentlich schwerfällig. So gibt es eine Beschwerde gegen Willkür und Uebergriffe eines Beamten nur auf dem Wege des Zivilprozesses, also mit Gerichts- und Anwaltskosten. Auch das Ministerium hat kein anderes Mittel, den Gesetzen gegen eine willkürliche Ortsbehörde Geltung zu verschaffen, als eine Klage beim Gerichtshof von King Bench. Bis zum Auftrag befreicht geraume Zeit; inzwischen besteht aber der Mißstand unvermindert fort. Die Selbstverwaltung ist dieserhalb unsicher als bei uns; für die Klage einer Eisenbahn z. B. bis wir auf die Zustimmung der Aufsichtsbehörde erlangen, bedarf es in England eines Parlamentsgesetzes zur Genehmigung. Auch mit der Agrargesetzgebung klappte England stets nach. Erst 1908 begann man in Irland mit der Ablösung der grundherrlichen Rechte. Preußen kam dazu schon 1811.

Mängel und Rückstände lassen sich ferner in der sozialen Gesetzgebung, im Schul- und Versammlungswesen mannigfach nachweisen. Zu einer Alters- und Invalidenversicherung hat sich England erst 1908 entschlossen. Bis weit in das 19. Jahrhundert hinein hat noch das Recht der Ortsarmenverbände bestanden, die Armen, namentlich die Kinder, in die Baumwollschriften abzuschieben, wo sie 15—16 Stunden frosten mußten. Auch heute noch ist der Kinderschutz in England sehr viel weniger entwickelt als bei uns. Eine gesetzliche Schulpflicht besteht noch nicht. Erst 1876 sind die Ortsbehörden ermächtigt worden, den Schulzwang zu bestimmen, und in Irland haben die Grafschaften erst seit 1898 das Recht, die Schulpflicht auch für die ländlichen Gemeinden einzuführen. Infolge der kurzen bemessenen Schulbesuchsdauer verläßt die Hälfte der Jugendlichen schon die Schule, zumal da das Volksschulgeld noch nicht abgeschafft worden ist. 1901—1906 konnten in Großbritannien und Irland 2664 Personen nicht schreiben (gegen 118 in Preußen). Es gibt kein Versammlungsrecht, sondern nur den Begriff der ungesetzlichen Versammlung, mit dem jede Berufskonferenz verfolgt werden kann und noch in neuester Zeit oft genug verfolgt wo den ist. Da auch ein eigentliches Vereinsrecht nicht vorhanden ist, kann jedes Gericht jeden Verein (Gewerkschaft, Genossenschaft usw.) wegen irgend eines zur Anzeige gelangenden Vorfalls auflösen. Unsere Arbeiter können zufrieden sein, daß sie nicht „b.ühen" für Lohnkämpfe ausstehen müssen. Bis vor zehn Jahren war in England das Streikrecht dadurch hinfällig, daß die Arbeiter dem Unternehmer für Schaden aus dem Ausstand haftete; z. B. hatten die Angestellten einer kleinen Privatbahn im Jahre 1900 an die Gesellschaft 550 000 Mark zu zahlen.

So kommt man beim Vergleichen auf Schritt und Tritt zu der Erkenntnis, daß England hinter uns augenfällig in vielen wichtigen Beziehungen zurücksteht.

Ueber die Notwendigkeit des Kalkes für die Ernährung

„Kalz" oder „Futterkalk"?

In den Kreisen der Tierzüchter und Landwirte haben zu keiner Zeit Zweifel darüber bestanden, daß es unumgänglich notwendig ist, Tieren, die hohe tägliche Kalkabgaben, sei es für sich selbst oder für die Aufzuwachsenden haben, wie alle tragenden Tiere, Milchkühe und wachsenden Tiere, diese Kalkmenge durch direkte Beigabe dieses Stoffes zum Futter wieder zuzuführen. Aus den Leitfäden der Fütterungslehre und den mustergültigen Futtermittelgehaltstabellen kann der forschrittliche Landwirt die Ration seiner Tiere ihrem jeweiligen Nutzungszweck entsprechend umstrechnen und er wird dabei sich selbst, seinen Tieren und nicht zuletzt dem Staate unschätzbaren Dienst erweisen. Erwachsenen Tieren wird er in der täglich gereichten, sachgemäß errechneten Ration soviel Kalk und andere nötigen Mineralstoffe zuführen, daß sich eine Extrabeigabe von Kalk meist erübrigt. Bis in die neuste Zeit konnte man fast nur zwei Arten der Verabreichung von Kalk an Mensch und Tier und wie ein roter Faden lebt ten in jedem Lehrbuch immer wieder zu diesem Zweck die beiden Worte Futterkalk und Schlämmkreide wieder! Mitgends ist von andern Kalkpräparaten die Rede, obwohl gerade diesen beiden Präparaten wissenschaftlich ame.kennermaßen gewisse nicht unerhebliche Fehler anhaften. Wenn wir in der vorzüglichen Fütterungslehre von Kellner den Satz lesen, „Kohlensaurer Kalk hat weder günstigen noch ungünstigen Einfluß gezeigt; bei zuviel wird die Verdauung beeinflußt", so kann nicht angenommen werden daß diese Autorität auf dem Gebiet der ganzen Fütterungsleh e den Satz ohne vorherige genaue „exakte Fütterungsversuche" niedergeschrieben hat. Der kohlensaure Kalk alias Schlämmkreide nützt nichts und schadet auch nichts, d. h. wenn nicht zuviel gegeben wird; denn sonst verursacht er sicher Verdauungsbeeinträchtigungen oder gar nur an ihren Folgen zu erkennbare ernste Störungen (langsame Gewichtsabnahme).

Wie hat man nun früher den Tieren den Kalk dargereicht? Einmal als phosphorsauren Futterkalk oder aufgeschlossenes Knochenmehl oder Kalkphosphat. Die Verabreichung dieses Kalkes kann durchaus nicht als rationell bezeichnet werden, denn es geht — besonders bei schon erwachsenen Tieren — viel davon unresorbiert ab.

Viel allgemeiner hat als Futterbeigabe bisher der kohlensaure Kalk als Schlämmkreide Anwendung gefunden, der sich nach der Ansicht der Landwirte usw. bewährt haben soll, und von dem ein „zuviel" die Verdauung beeinträchtigt. Wird bei der Verabreichung noch der Fehler begangen, die Schlämmkreide mit der Mahlzeit zusammen zu geben, so wird der Tierhalter sehr bald die Folgen der Verdauungsbeeinträchtigung mit der Waage feststellen können. Kommt nämlich die Kreide in den Magen, so wird ein großer Teil des zu Eiweißverdauung unerläßlich nötigen, salzsauren Magensaftes neutralisiert und zur Eiweißverdauung vollkommen unbrauchbar gemacht. Es ist leichter einzusehen, daß der Magen jetzt entweder erheblich mehr sauren Magensaft produzieren, oder die sehr wichtige Magenverdauung unbedingt leiden muß, da ein großer Teil des so wichtigen und zugleich teuren Nahrungseiweißes unverdaut und mangelhaft vorbereitet in den Darm geht. Wird die Kreide zwischen den Mahlzeiten verabreicht, so können diese erheblichen Nachteile etwas herabgemildert werden, immer jedoch bleibt die Tatsache bestehen, daß die in Wasser völlig unlösliche Kreide große Mengen der Magensaftsäure benötigt, dem Magen müssen eine bedeutende Mehrarbeitsleistung zugemutet wird, die nicht ohne Wirkung auf den Gesamtgesundheitszustand des Tieres bleiben kann. Ferner können, wenn Salzsäure im Magen fehlt, die abnormen, unerwünschten Milch-, Butter- und Essigsäuregährungen unbehindert sich geben, die dann Freßunlust und sogar ernste Krankheiten zur Folge haben können. Aus der Kreide wird im übrigen durch diese Mehrleistung des Magens das Chlorcalcium und als solche wird es vom Körper aufgesaugt und seinen Organen zugeführt. In der Chlorcalciumlösung erhält der Magen und der Gesamtorganismus gleich das Endprodukt fertig zur Resorption, welches er sich früher durch beträchtliche Mehrarbeit selbst aus der einverleibten Kreide herstellen mußte.

Warum kann man der lebenden Organismus nicht ohne Kalk auskommen, geben wir ihn in möglichst bequemer Form zuzuführen die selbstverständlichste Pflicht haben? Unser ganzer Kö per besteht aus kleinsten, für sich allein nicht lebensfähigen Gebilden und Zellen; alle unsere Organe sind mehr oder weniger große Zellgruppen, die ihre spezifische Arbeit verrichten und das Gesamtergebnis dieser Arbeit ist eben das was wir als „Leben" bezeichnen. Unser ganzes Streben muß nämlich darauf gerichtet sein, alle Körperzellen, die des Gehirns sowohl wie bei der Bauchspeicheldrüse oder der äußeren Haut z. B. arbeitsfähig zu erhalten, und ihr die Materialien zu ihrer eigenen Erhaltung und Vermehrung zu liefern, dazu auch zur Erzeugung lebenswichtiger Körpersäfte. Verdauungssäfte oder auch zu nicht immer anatomisch oder mikroskopisch nachweisbaren normalen Lebensäußerungen (geistige Arbeit)! Jede dieser Zellen hat nun mit verschwindend wenigen Ausnahmen einen Kern, ohne den ihr Leben und damit ihre Arbeit nicht möglich ist. Dieser Kern enthält in erheblicher Menge Calcium. Entzieht man ihm seinen Kalkgehalt, so geht er und die Zelle und damit der Gesamtorganismus zugrunde. In dem verständlich geschriebenen Buch des Herrn Professor Dr. Oska- Loew zur Chemischen Physiologie des Kalkes beim Mensch und Tier finden wir auf wissenschaftlicher Basis ein Tatsachenmaterial zusammengetragen, welches alle Zweifel an der Wichtigkeit der Kalkzuführung in der Form von Chlorcalcium zerstreuen muß.

In richtiger Würdigung dieser Tatsachen hat es die Deutsche Kalz-Gesellschaft Berlin W. 35, Vertriebsstelle Eiberge Ein- und Verkaufsgenossenschaft des Halleschen Geflügelzüchter-Vereins e. G. m. b. H. Halle a. S. in die Hand genommen, den Tierhaltern in ihrem Tierkalz das so unbedingt nötige Chlorcalcium zu liefern und zwar in einer Form, die die richtige Dosierung leicht macht. In dem Tierkalz haben wir es in der Tat mit Unicelsalmittel zu tun, die mit den sonst marktschreierisch angepriesenen „Universalmitteln" nicht eine Spur zu tun haben. Der Wert des Kalzes ist wissenschaftlich logisch durch seine Einzelwirkung auf die Zelle und damit auf den Gesamtorganismus aufgebaut und trotz der kurzen Zeit seiner Einführung schon durch praktische Erfahrungen bei Landwirten, Molkereibesitzern, Tierhaltern usw. gelungend bewährt. In der gegenwärtigen Kriegszeit haben wir in bezug auf die Ernährung des Tieres schon des öfteren umlernen müssen, wir haben auch gemerkt, wie unökonomisch wir fast durchgängig in Friedenszeiten die Ernährung unserer Haustiere gestaltet haben. Jetzt, wo uns gehaltvolle Futtermittel fast nicht mehr geliefert werden können, wo wir „Kraftfutter" fast nur noch dem Namen nach kennen, wo aber nicht weniger Arbeit vom Tier verlangt wird wie im tiefsten Frieden; in dieser Zeit ist mieses Erachtens das Chlorcalcium, in der Form von Kalz zugeführt, geradezu ein Rettungsmittel, welches uns vor dem allzubaldigen Zusammenbruch bewahrt, vielmehr diesen nicht zum Schaden jeden Tieres und nicht zuletzt unseres Landes länger hinausgeschieben imstande ist. Wenn auch in der gegenwärtigen Zeit aus den angegebenen Gründen von Kalz nicht verlangt werden kann, daß die Arbeitstiere rund und fett werden, so werden doch die einzelnen Zellen gestärkt und damit, trotz schlechten Aussehens der Gesamtorganismen zu besserer Arbeitsleistung befähigt. Das Chlorcalcium ist gerade, wie schon erwähnt das Rettungsmittel für Mensch und Tier in der gegenwärtigen schweren Kriegszeit und wohl wert, auch in eine künftige, schönere Friedenszeit als wertvollster Bestandteil der Futterbeigabemittel mit hinübergenommen zu werden.

E. Christian, Stabsveterinär a. D.

Landwirtschaftliches

Zur Frage der Zucht eines „Militärzugpferdes"

Der Wiederaufbau unserer Pferdezucht nach dem Kriege soll nach den Anordnungen der maßgebenden Behörden derart gestaltet werden, daß in erster Linie den militärischen Ansprüchen Rechnung getragen wird. Man beabsichtigt, mit Wiedereintritt des Friedens alle diejenigen Zuchten besonders zu fördern, deren als ausgesprochenen Militärpferden, schon früher bedeutende Unterstützung von Seiten des Staates zuteil geworden ist. Wenn die Förderung dieser Warmblutzuchten im Interesse der Wehrfähigkeit der Nation im Rahmen ihrer militärischen Bedeutung auch nur befürwortet werden kann, so muß sich jedoch nach den Erfahrungen dieses Krieges jeder, der die Verhältnisse zu beurteilen vermag, fragen, weshalb man bestrebt ist, nur e i n e Klasse der unbedingt erforderlichen Heerespferde zu frühen und ihre Zucht mit allen Kräften zu fördern. Der Weltkrieg hat doch gezeigt, daß für die Schlagfertigkeit unseres Heeres nicht nur ein ausdauerndes, leichtes, warmblütiges Reit- und Gespannpferd erforderlich ist, sondern daß unsere Erfolge in ebenso starkem Maße durch die Mitwirkung e i n e s s c h w e r e n Zugpferdes erreicht worden sind.

In dem modernen Krieg ist die Verwendung großkalibriger, nur durch schwere Pferde zu bewegender Geschütze ständig gestiegen; die in die Geschützstellungen vorzubringenden Munitionsmengen haben im Vergleich zu früheren Kriegen einen ungeheuren Umfang erreicht; der immer stärkere Stellungsbau erfordert den Antransport ganz gewaltiger Materialmassen; letzten Endes beruht die Zuführung an Verpflegung von Mann und Pferd eine gewaltige Arbeitsleistung. Alle diese Aufgaben, die sich im Verlauf des Krieges andauernd vergrößert haben und die in ihrer gelungenen Durchführung, sowohl auf dem Vormarsch als auch im Stellungskampf für den Erfolg der militärischen Unternehmungen entscheidend sind, erfordern ein schweres, ruhiges, sicheres Zugpferd.

Zur Herausbildung eines derartigen Pferdematerials, für das unsere Kaltblutzuchten den geeigneten Grundstock abgeben, hat man jedoch weder vor dem Krieg irgend welche Schritte getan, und auch jetzt werden von keiner Seite Vorschläge laut, beim Wiederaufbau unserer deutschen Pferdezucht dieser Seite des militärischen Pferdebedarfs Rechnung tragen zu wollen. Im Gegenteil, man behandelt die Zucht unseres schweren Pferdes mit völliger Gleichmütigkeit und läßt noch wie vor allem der Zucht des Reitpferdes und des leichten Gespannpferdes jede Unterstützung zukommen, die diesen Rassen nach ihrer Bedeutung in der modernen Kriegführung keineswegs mehr zukommt. Gerade die Kavallerie ist doch im Schützengrabenkrieg in ihrer Verwendung als solche stark eingeschränkt worden, so daß zu einem Ausbau der Zucht leichter Militärpferde durchaus keine Veranlassung vorliegt.

Im Interesse der Wehrfähigkeit unseres Landes wäre sehr zu wünschen, daß man an den maßgebenden Stellen in die Ziele unserer Landespferdezucht, als von ebenso großer militärischer Bedeutung wie die Warmblutzucht, die Schaffung eines schweren Militärzugpferdes aufnimmt.

(Nachdruck verboten.)

Familie P. C. Behm

41] Roman von Ottomar Enking.

Ja, sie sah: es ging in die Not hinein. Aber das verzagte sie nicht, sondern ein Stück von der alten Tapferkeit brach bei ihr durch, sie fühlte sich frei von der Schwäche, schlang den Arm um die leise schluchzende Mutter und sagte: „Das macht alles nichts, mein Mudding. Das Geld kriegen wir wohl. Ich arbeite. Ich geh' aus zu nähen." — Unter Tränen erwiderte die kleine Frau: „Ja, aber das ist doch nicht fein." — „Oh, das ist viel feiner als mit dem Leben. Mudding, beinah glücklich bin ich." — Sie reckte die Arme und schüttelte den Kopf. Sie warf ab, was noch an Druck auf ihr lag. Die alte Anna stand da. — Frau Behm meinte indessen trübselig: „Was sollen wir unseren lieben Papa sagen?" — „Alles, Mutter! Jetzt nicht mehr lügen. Ich hab' genug von der Lügerei für mein ganzes Leben. Wir müssen's zusammen tragen, und sei gewiß: ich nehme mein Teil mit Freuden auf mich!"

Das tat sie. Sie war verwandelt. Alles spannte sich an ihr. Frisch wurde sie. Sie sagte ihrem Vater rückhaltlos, wie die Sache lag. Der war verzweifelt: „Nein, nein! Das kann ich ruiniert, ruiniert auf meine alten Tage. Ehrlos!" — „Vater, das bist du nicht. Du bist so brav wie zuvor. Und ich bin gesund. Nun wollen wir Mut haben und sehen, was da kommt." — Sie war es auch, die Bernhard einweihte: „Du, mein Mann ist weg. Was er alles angerichtet hat davon haben wir noch keinen echten Begriff. Schlimm ist es jedenfalls." — „Dann muß ich meinen Abschied nehmen." — „Weshalb?" — „Na, hör' mal, ich trag' doch Uniform." — „Laß die Flausen, mein Junge. Dein sicheres Gehalt brauchen wir sehr nötig." — „Ich soll von meinem Gehalt?" — „Wenn wir Konkurs machen müssen?" — „Konkurs? Schweiting, meinst du wirklich, daß es soweit kommen kann?" — „Wir müssen auf alles gefaßt sein. Wie ich den kenne, dem trau' ich viel zu." — „O so 'n Kerl, so 'n Kerl!"

Leben war in Anna. Sie freute sich auf den Kampf, der ihr bevorstand. Wohlig dehnte sie sich abends in ihrem Bett: sie war allein. Es wurde hell und heller in ihr, um sie. Sie arbeitete im Hause und machte es sauber und staunte selbst, wie nötig das war. — Dann meldeten sich die ersten Gläubiger. Das waren P. C. Behms Brüder von der Koggensteddtu. — „Ja", sagte Jaspersen, „er kam und bat. Mit brauchten es für das Geschäft. Es hatte alles so bergab gegangen, du kümmertest dich um nichts. Und ich möchte dir nicht sagen, daß er bei mir gewesen sei, da könntest du dich vielleicht genieren. Na, ich gab ihm die zweihundert gern." — „Tja, hm", meinte Hannes mit'n scharfen Blick, „er sagte, du hättst 'n Bürgschaft übernommen und der andere wär' durchgebrannt und nun wär' Termin. Da hab' ich ihm vierzig Taler gegeben. Sicher warst du mir ja." — Auch Maad war da: „Wir erzählte er, du hättst Garn eingekauft, und wenn du nicht in drei Tagen bezahlst, ging die Sache vor Gericht. Na, dat wull ick denn nu nich. Dor geew ick em tiefunsöbentig Daalers." — Schließlich meldete sich auch noch Ahmsetter: „Bei mir kam er und sagte, du wolltest das Nebenhaus kaufen, und er sollte das Geld dafür zusammenbringen. Aber du dürftest nicht wissen, woher. Mehr als zweihundertfunfzig Mark konnt' ich ihm beim besten Willen nicht pumpen." — Und sie schlossen: „So 'n Halunke!" — Der alte Behm stöhnte, Frau Behm weinte. Aber Anna hielt sie aufrecht: „Das bezahlen wir alles ab. Das hat keine Not. Die warten ruhig, bis sie ihr Geld bekommen. Wir sind ehrliche Leute." — „Na, warten wollten die Koggensteddtu-Brüder gern, aber sie waren doch ein bißchen böse auf ihren alten P. C. — „Aufpassen hätt' er müssen. Lieber, als immer an dem alten Brief herumschreiben." — „Wie das denn so geht, wenn das Geld dazwischenkommt: die Freundschaft wurde kühler, und die Sitzungen der Koggensteddtu fielen mehr und mehr von selbst aus. P. C. Behm kam sich wie ein Verbrecher vor. Er mochte nicht auf die Straße gehen. Sein Brief machte keine Fortschritte in dieser Zeit, denn es war ihm gleichgültig, ob Koggensteddt Kriegshafen wurde oder nicht.

Es kam noch ärger. Die Fabriken schrieben. Große Rechnungen liefen ein für Waren, die Behms nie erhalten hatten. Man kam dahinter, daß Schelius diese Warenposten für P. C. Behm bestellt und abseits irgendwo für sich selbst hatte verauktionieren lassen. Auch aus der Stadt kamen Mahnungen: vom Weinhändler vom Schuster, vom Schneider und von vielen anderen, für Dinge, die Behms längst bezahlt wähnten. Mit Zittern machte sich der Alte auf Annas Drängen an die Geschäftsbücher heran. Anna hatte noch nie in solche Bücher hineingesehen, jetzt aber arbeitete sie sich ein und schrak nicht zurück, als eine Fälschung nach der andern an den Tag trat. — „Tragen. Tragen." Das war immer ihr Wort. „Wir alle haben Schuld mit." — Sie schaffte, war überall, besorgte den Haushalt, weil die Mutter zu schlaff war, schrieb die Briefe, die vielen Briefe, die nötig wurden, lief zum Rechtsanwalt und zum Gericht und erreichte es, daß Bernhard einen Teil seines Gehalts verpfändete. Sie wirkte unermüdlich, mit Jugendkraft, mit dem Bewußtsein, daß jeder Tag solcher Arbeit sie mehr aus der Unwahrheit befreite, in der sie vegetiert hatte. Bernhard meinte zwar einmal: „Du, für das, was der Kunde getan hat, brauchen wir vielleicht nicht einmal aufzukommen. Vater hat nichts davon gewußt." — Da sah sie ihren Bruder mit großen Augen an: „So? Bin ich nicht die Frau von dem . . .? Sollen mir die Menschen den Rücken zudrehen? Vater hat ihm Vollmacht gegeben und alles, was Schelius getan hat ist ebensogut als hätte Vater es selbst getan. Bis zum letzten Pfennig bezahlen wir!" — Bernhard wagte keinen Widerspruch, aber was sie sich vorgenommen hatte, das war nicht leicht auszuführen. Und wie mächtig sie rang und strebte: es kam doch der schwarze, schwarze Tag, wo der kleine Laden morgens verhängt blieb und wo in der Koggensteddter Zeitung zu lesen stand, daß über das Vermögen des Händlers Peter Cajus Behm, hierselbst, das Konkursverfahren eröffnet sei.

Die beiden Alten hockten zusammen in ihrer dunklen Schlafkammer. Sie mochten kein Licht sehen. Sie saßen und starrten mit weiten, traurigen Augen in die Finsternis. Die Lider brannten ihnen, die Kehle war ihnen wie zugeschnürt. Sie sprachen kein Wort. Dann und wann hörte eins vom andern ein kurzes Aufschluchzen, indes sie unterdrückten ihren Schmerz nach Kräften, denn sie wollten einander nicht noch mehr betrüben. Da aber fühlte die kleine Frau, wie eine kalte, zitterige Hand auf ihren Knien tastete, so hilflos suchend und doch voller Sehnsucht, zu trösten und zu lindern. Leise nahm sie die Hand zwischen die eigenen Hände, drückte sie und sagte nur innig: „Mein arm klein Pappa." — „Mamma!" — Der alte Mann fiel im dunklen Gemach vor sie hin und legte seinen Kopf auf ihren Schoß und weinte sich herzlich satt. Sie hielt ihn und streichelte sein Haar, und so viel Kummer auch in dieser kleinen Schlafstube war, es war noch viel mehr Liebe darin, Liebe zwischen den beiden alten Herzen, die ihr Leben so einfach miteinander getragen hatten, die sich gefreut hatten über jeden kleinen Fortschritt und die jetzt in eine düstere, sorgendrückte Zukunft blickten. So blieben sie lange ohne viel Worte, nur „Mamma" und „Pappa" sagten sie: darin lag ihnen die Welt mit aller Freude und allem Leid umschlossen.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191801111-15/fragment/page=0003

Provinz Sachsen und Umgebung

A. **Altleben a. E., 10. Jan. (Das Verdienstkreuz für Kriegshilfe)** wurde dem Zollreinnehmer Müller verliehen.

K. **Bitterfeld, 10. Januar. (Das seltene Fest der diamantenen Hochzeit)** konnte heute der frühere Schirrmeister G. Pannicke mit seiner Ehefrau feiern. Die Ehegatten sind 88 bzw. 85 Jahre alt.

— **Magdeburg, 10. Jan. (Von einem Straßenbahnwagen überfahren und getötet)** wurde gestern abend eine ältere Dame, die in der Kaiserstraße den Fahrdamm überschreiten wollte.

— **Magdeburg, 10. Jan. (Elefantenwurst)** wird in den nächsten Tagen den Magdeburger Nahrungsmittelmärkten bereichern. Wie die Direktion des Zirkus Corty-Althoff mitteilt, mußte einer ihrer drei Elefanten wegen Nahrungsmangels abgeschlachtet werden. Das Tier ist an einen Wurstfabrikanten verkauft worden.

— **Wieba, 10. Jan. (Niedergebrannt)** ist die Holzpflanzenfabrik Redeker. Das Feuer fand in den Holzmassen — teils fertiggestellte Waren, teils in Bearbeitung befindliche Hölzer — überreiche Nahrung. Das Wohnhaus und einige benachbarte Nebengebäude blieben verschont.

— **Zerbst, 10. Jan. (Eine Abordnung des Anhaltischen Pfarrervereins)** sprach dem Generalsuperintendenten Dr. Schubart zum Abschied von seinem Amte den Dank der anhaltischen Pfarrer für sein Wirken aus und überreichte ihm eine Mappe mit den Bildern der Kirchen der Kreise Ballenstedt und Zerbst, in denen Dr. Schubart als Superintendent gewirkt hat. Auch die Geistlichen von Zerbst gaben dem Dank für das freundliche Walten des Scheidenden Ausdruck.

Aus Halle und Umgebung

Oeffentliche Stadtverordnetensitzung

Außerordentliche Tagung.

Halle, 10. Januar 1918.

Der Vorsitzende, Geh. Justizrat Keil, begrüßt die Versammlung zunächst zu ihrer ersten Tagung in neu begonnenen Jahre, das zwar immer noch zur Kriegszeit angefangen habe, hoffentlich aber im Frieden zu Ende gehen werde, und wünscht dem am ersten Weihnachtstage verschiedenen Stadtverordneten Amtmann Ahrenholz, der 10 Jahre hindurch Mitglied der Versammlung war und aufs eifrigste seine Kraft zum Nutzen und Gemeinwohl eingesetzt hat, wo nur Worte des Nachrufs, die von den Anwesenden stehend angehört werden.

Der Vorsitzende gibt sodann Kenntnis von einer Eingabe der hiesigen Ortsgruppe des Bundes deutscher Architekten, die um Heranziehung bei Ausarbeitung des Stadterweiterungsplanes bittet, und einer Eingabe des Maurermeister Friedrich auf Verbreiterung der Ziehenstraße, die dem Magistrat als Material überwiesen werden. Ferner wird Mitteilung gemacht, daß die Wahl des Stadtrats Lindner die Bestätigung des Regierungspräsidenten zu Merseburg gefunden hat. Ehe die Verhandlung der Tagesordnung beginnt, kommt eine Anfrage des Stadtv. Postsekretär Balcke u. a. zur Verlesung, des Inhalts: Beabsichtigt der Magistrat,

für die Angestellten und Arbeiter der Stadt Teuerungszulagen

zu gewähren, wie sie den Staatsbeamten und in verschiedenen anderen Städten den Kommunalbeamten gleichfalls bereits gegeben werden? Oberbürgermeister Dr. Rive bemerkt, die Interpellation sei dem Magistrat vorher nicht zugegangen und es sei deshalb an sich nicht zu erwarten, daß die Anfrage umgehend Beantwortung fände; er werde aber im Laufe der Tagung eine Verständigung zwischen den Magistratsmitgliedern herbeiführen und danach Auskunft erteilen.

Die Wahl des Vorstandes ergibt keine Veränderungen. Geh. Justizrat Keil wird mit 31 Stimmen (1 Stimmzettel nannte Justizrat Föhring, 4 waren unbeschrieben) zum Stadtv.-Vorsteher, Justizrat Föhring mit 30 Stimmen (5 ungültig, 1 für Rechtsanwalt Herzfeld) zum Stellv. Vorsteher, Stadtv. Borchert mit 30 Stimmen (5 ungültig, 5 unbeschrieben) zum Schriftführer, Stadtv. Beschke mit 32 Stimmen (2 ungültig, 6 unbeschrieben) zum Stellv. Schriftführer wiedergewählt.

Neuwahlen der Deputationen und Ausschüsse bringen nur einzelne Veränderungen.

Aenderung der Gewerbesteuer. Der Artikel I des Nachtrages zur städtischen Gewerbesteuer-Ordnung bestimmt für Betriebe, die sich über mehrere Gemeinde- (Guts-)Bezirke erstrecken, der Veranlagung den übersteigenden Teilbetrag des staatlich veranlagten Gewerbesteuersatzes zugrunde legen. Der Teilbetrag erhöht sich jedoch, wenn der Betrieb außerhalb seines Sitz hat und in der hiesigen Gemeinde nur eine oder mehrere Zweigniederlassungen (Filialen) unterhält, um 50 vom Hundert. Die Erhebung dieses Zuschlags ist jedoch der einer inzwischen erfolgten Nachsprechung des Königlichen Oberverwaltungsgerichts nach unzulässig soweit Betriebsstätten oder General genutzen in Frage kommen, da in diesen Fällen eine Zweigniederlassung (Filiale) nicht vorhanden sei. Es ist eine anderweitige Umfassung des Niederlassungs-Begriffs hinsichtlich aller derjenigen Betriebe, deren Hauptniederlassung nicht in Halle, sondern auswärts liegt, ist im Sinne der vorstehenden Bestimmung erforderlich.

Es empfiehlt sich daher eine entsprechende Aenderung der Nachtragsbestimmung, deren Fassung sich eng an die Begriffsbestimmung „Betriebsort" im Sinne des Gewerbesteuergesetzes anschließt und sich mit der Rechtsprechung des O. V. G. über diesen Begriff deckt. Ferner hat sich ergeben, daß die nach § 4 der Gewerbesteuerordnung zu berechnende Personalsteuer infolge der eingetretenen Lohn- und Gehaltsaufbesserungen wesentlich zurückgegangen ist, da die festgesetzte Einkommensgrenze (3000 M.) von der Mehrzahl der Hilfspersonen weit überschritten wird, was eine Herabsetzung von der Kopfsteuer zur Folge hat. Es erscheint daher notwendig, in § 4, Absatz 2, Satz 1 der Gewerbesteuerordnung vom 13. Januar 1908 ist statt der Worte „2000 M." zu setzen: „4000 M." Dieser Nachtrag soll mit dem 1. April 1918 in Kraft treten. — Die Versammlung stimmt dem Entwurfe ohne weiteres zu.

Ein Gesuch des Kartells der Deutsch-Oesterreichischen Verbände der Bühnenangestellten in Mannheim um Aufbesserung der Bezüge der Theaterangestellten hat — nicht Anlaß, aber — Anregung zur

Aenderung des Stadttheatervertrages

gegeben.

Als der Krieg ausbrach, sah sich die Stadtverwaltung in erster Linie durch die Rücksicht auf die Existenzmöglichkeit der Theater-Angestellten veranlaßt, den Theaterbetrieb auch während des Krieges aufrechtzuerhalten. Dabei wurde dem Theaterdirektor die Herabsetzung der Gehälter mit der Maßgabe gestattet, daß ihre Ergänzung auf die sogenannte Friedenshöhe erfolgen müsse, soweit die Theatereinnahmen es gestatten. Letztere haben sich so gestaltet daß die Friedensgehälter durchweg gezahlt werden konnten, und die Angestellten keinen Ausfall im Vergleich zu ihren Einnahmen in Friedenszeit erlitten. Seit Beginn der gegenwärtigen Spielzeit ist überdies die Ermäßigungsbefugnis des Direktors fortgefallen, und der Anspruch auf volle Friedensgehälter gesichert. Neben dieser Gewähr hat es nicht an einer Kriegsfürsorge des Direktors gefehlt; auch wurde 1917 die Sommerspielzeit eingeführt, die dem Solopersonal und dem Ballett zum ersten Male eine Versorgung für die Sommermonate brachte; die Orchestermitglieder haben schon an sich ganzjährige Verträge, während die Chormitglieder in der spielfreien Sommerzeit monatlich je 60 Mk. beziehen. Die Chor-, Ballett- und Orchestermitglieder erhalten zudem monatliche Teuerungszulagen. Die Theater-Deputation hat die Frage, ob den Theater-Angestellten in Anbetracht der außerordentlichen Teuerung eine weitere Teuerungszulage zu gewähren sei, bejaht. Dem Wunsche der Angestellten Folge gebend, soll ohne Rücksicht auf die Höhe der jetzigen Bezüge eine besondere monatliche Teuerungszulage von 20 Mk. an Unverheiratete, 25 Mk. an Verheiratete, 30 Mk. an Ehegatten, die beide am hiesigen Stadttheater beschäftigt sind zusammen 30 Mk. und für jedes Kind unter 18 Jahren, sofern es nicht mehr als 30 Mk. eigenes Monatseinkommen hat, 10 Mk. gezahlt werden, und zwar für die Zeit von Januar 1918 bis zum Ende der gegenwärtigen Spielzeit mit der Möglichkeit der Gewährung für die zurückliegende Zeit bis 1. September 1917. An Mitteln sind hierzu monatlich 3675 Mk., für 8 Monate gegen 30 000 Mk. erforderlich.

Da nach Ansicht der Theater-Deputation die Aufwendung so großer Beträge dem Theaterdirektor nicht zugemutet werden kann, abgesehen davon, und ihn die Stadt nach dem Vertrage nicht zwingen kann, die Zahlung aus besonderen Mitteln der Stadt ande erseits grundsätzlich abgelehnt werden muß, da die Theatermitglieder ausschließlich Angestellte des Direktors sind, soll das Publikum die Mehrkosten tragen. Die Versammlung gibt der Vorlage statt und beschließt dem Antrage der Deputation gemäß,

höhere Eintrittspreise für das Stadttheater

festzusetzen, wie sie in nachstehender Aufstellung verzeichnet sind.

Plätze	Schauspielpreise bisher neu		Opernpreise bisher neu		Stammkartenpreise bisher neu	
	M	M	M	M	M	M
Vorbühnen-Loube	4,10	5,00	5,10	6,00	2,70	3,70
Vorbühn.-Loube I. Rg.	4,10	5,00	5,10	6,00	—	—
I. Ring-Loube	3,60	4,50	4,10	5,00	2,70	3,70
I. Ring	3,60	4,10	4,10	4,60	2,70	3,20
Seefel	3,60	4,10	4,10	4,60	2,70	3,20
Sperrsitze	3,10	3,60	3,60	4,10	2,20	2,70
I. Platz	2,50	2,80	3,00	3,30	1,70	2,20
II. Platz	1,75	2,00	2,10	2,50	—	—
II. Ring-Loube	1,40	1,60	1,80	2,00	—	—
II. Ring, Vorderreihen	1,40	1,60	1,80	2,00	1,20	1,45
II. Ring, Hinterreihen	0,75	0,85	0,90	1,00	—	—
II. Ring, letzte Reih.	0,45	0,50	0,55	0,60	—	—
III. Ring	0,90	1,10	1,15	1,25	—	—
Oberring	0,50	0,60	0,60	0,70	—	—

Dieser Aufschlag ist im Verhältnis zu den Theaterpreisen in den meisten anderen Städten als keineswegs hoch zu bezeichnen; der Weg, die Mittel aufzubringen, ist den gegebenen verhältnismäßigen Verhältnissen nach, wie Stadtv. Prof. Hoe darlegte, aus rechtlichen Gründen der einzig gangbare. — Die Vorlage gab Anlaß zu kürzeren Meinungswechsel. In einer berichtigenden Eingabe hatte der Deutsche Chorsänger- und Ballett-Verband (Lokalverband Halle) unter Berufung auf einen gekürzten vorherigen Abdruck der Vorlage in einem hiesigen Blatte einige auf die vom Theaterdirektor gewährten Unterstützungen bezüglichen Angaben entschieden in Abrede gestellt; Stadtv. Emmer liest das Schreiben, das den meisten Mitgliedern der Versammlung und dem Magistrat nicht zugegangen ist, vor und knüpfte daran zwei die Forderungen des Magistrats überschreitende Anträge. Oberbürgermeister Dr. Rive legt dar, daß der hier verschiedenen Richtungen hin auf irrtümlichen Voraussetzungen beruhe und widerlegt das Schreiben in verschiedenen Punkten. — Die Magistratsanträge finden Annahme; die Anträge Emmer werden abgelehnt.

Die Haushaltspläne der Hospitalverwaltung und der Assessor Karl Müller-Stiftung finden Genehmigung. Eine Legatannahme (verst. Luise Laue), ein Antrag auf Aenderung der Vorgartenfluchtlinie Liebenauer-Ecke Ladenbergstraße, werden durch Kenntnisnahme erledigt, einer Verbreiterung der Unterführung der Zietenstraße und entsprechender Aenderung der Höhenlage wird trotz Verlagungsantrages Emmer und mehrseitiger gegenteiliger Aeußerungen aus der Versammlung heraus beigepflichtet. Ein Gesuch um Ermäßigung der Straßenausbaukosten für das Gebäude Königstraße 60 lehnt die Versammlung ab.

Seodann nimmt

Oberbürgermeister Dr. Rive

zur Interpellation über die städtischen Teuerungszulagen das Wort, nachdem der Stadtv. Balcke seine Anfrage mit der steigenden Teuerung der vorgeschrittenen Kriegszeit und der wachsenden Notlage des Beamtenstandes und der städtischen Arbeiterschaft begründet hat. Der Oberbürgermeister gibt einen Ueberblick über die vor und während des Krieges an die städtischen Angestellten usw. gegebenen Teuerungszulagen und erklärte sich wegen der großen Zahl der augenblicklich tätigen nicht festangestellten Kriegshilfen sowohl aus technischen Gründen wie andererseits den Festbeamteten gegenüber auch aus ethischen Erwägungen heraus gegen ein Nachahmen des staatlichen Vorgehens in dieser Frage. Hingegen ist, wie er bekanntgibt, bereits am 18. Dezember vorigen Jahres im Schoße des Magistrats der Beschluß gefaßt worden, anstelle einmaliger erhöhter Zuschüsse, laufende Teuerungsbeihilfen zu den Gehältern zu gewähren, sowohl den städtischen Angestellten wie den Arbeitern der Stadt, die bei der bevorstehenden staatlichen Zulage in der Festsetzung ihrer Höhe Rechnung tragen wird und rückwirkende Kraft bis auf den 1. Januar 1918 haben soll.

— **Zwangsversteigerungen.** An der hiesigen Gerichtsstelle standen folgende Grundstücke im Wege der Zwangsvollstreckung zur öffentlichen meistbietenden Versteigerung an: 1. Ludwig-Wuchererstraße 26 (eingetragen auf den Schneidermeister Gustav Bertrach), in Größe von 4 Ar und 28 Quadratmeter und einem jährlichen Nutzungswerte von 2500 M. Käuferin war Frl. Ida Kretschmar-Halle mit einem Bargeld von 2500 M. unter Uebernahme von 31 500 M. Hypotheken. — 2. Hallo erstraße 4, herrenlos, in einer Größe von 1 Ar 82 Quadratmeter und einem jährlichen Nutzungswerte von 2730 M. Käufer waren die Immobilien-, Erwerbs- und Verwertungsgesellschaft mit einem Bargeld von 38 700 M. — 3. Burgstraße 44, (eingetragen auf Frau Kaufmann Johanna Henze geb. Bankenstein), in einer Größe von 5 Ar 87 Quadratmeter und einem jährlichen Nutzungswerte von 3300 M. Käuferin war Frau Johanna Henze geb. Bankenstein hier, für ein Bargeld von 10 000 M. unter Uebernahme von 50 000 M. Hypotheken.

Börsen- und Handelsteil

Devisenkurse

Berlin, 10. Jan. Die telegraphischen Auszahlungen stellen sich heute für

	Geld	Brief
Holland	215	216
Dänemark	152	153
Schweden	163¾	164¼
Norwegen	161¼	161¾
Schweiz	112¾	113¼
Oesterreich-Ungarn	6,55	6,65
Bulgarien	80	80¼
Konstantinopel für ein türkisches Pfund	19,15	19,35
Spanien für 100 Peseten	118	119

Börsenstimmungsbild

Berlin, 10. Jan. Hielt sich das Geschäft an der Börse auch bisher in recht engen Grenzen, so ist doch ein fester Grundton nicht zu verkennen. In seiner Gesamtheit ist der Kursstand allerdings nur wenig verändert. Von Einzelheiten zu erwähnen ist, daß Petroleum- und Rüstungswerte, von letzteren besonders Rheinmetall sowie Franzosen- und Orientbahnaktien höher notierten, von Schiffahrtsaktien Hansa abbröckelten. Auch am Rentenmarkt hat sich nichts verändert. Letztereichische ungarische Renten schwächten sich nach den Steigerungen der letzten Tage etwas ab.

Produktenbericht.

Berlin, 10. Jan. Ueber den hiesigen Warenverkehr ist nicht wesentlich zu berichten. Die Schneestürme hinderten die Zufuhren außerordentlich, so daß die rege für alle Artikel herrschende Nachfrage nur schwer befriedigt werden kann. Dies gilt besonders von Grassämereien und Kleesaaten, Serradella und Lupinen. Weiter: Trübe.

* **Der Titel Professor** ist dem stellvertretenden Mitglied des Vorstandes der Farbwerke vormals Meister Lucius und Brüning in Höchst a. M., Dr. Albrecht Schmidt, verliehen worden.

* **Mansfeldsche Kupferschieferbauende Gewerkschaft zu Eisleben.** Bei dem Unternehmen sind die Gesehungskosten bedeutend gestiegen, daß wohl kaum das vorjährige Reingewinnresultat erreicht werden dürfte. Immerhin kann man mindestens mit derselben Ausbeute wie im Vorjahre (80 M für den Kug) rechnen. In Leipziger Börsenkreisen erwartet man sogar bestimmt, daß die Ausbeute nicht unter 100 M betragen dürfte. Die Kohlengräbereien der Gewerkschaft in Westfalen konnten wegen der bekannten Transportschwierigkeiten, und weil sie zum Teil noch im Bau begriffen sind, nicht die von den Werken erwarteten Erträgnisse bringen. Der Geschäftsgang bei dem Stammwerk war im abgelaufenen Geschäftsjahr und auch im gegenwärtigen durchaus befriedigend.

* **Am Markte für Kali-Werte erhalten sich die Fusionsgerüchte.** Sie stützen sich auf die Kursbewegung besonders der Kuxe, aber die Kursbewegung der Kuxe wird andererseits durch die Fusionsgerüchte wieder gefördert. Jetzt bilden Wintershall-Kongern, Kaiserode und Hohenzollern den Mittelpunkt von Kombinationsgerüchten. Bei Wintershall ist das schon im vorigen Jahre der Fall gewesen, während Hohenzollern und Kaiserode erst ganz neuerdings in den Kreis der Vermutungen einbezogen worden sind. Die Kaiserode-Kuxe sind im neuen Jahre allerdings nicht mehr gestiegen, wohl aber Hohenzollern. Die Kombinationen dieser beiden Gewerkschaften finden eine Stütze auch an der ganz allgemein bestehenden Annahme, daß sie die Verhältnisse in der Kaliindustrie in der Richtung auf Zusammenschluß bewegen, wie es eben Aschersleben-Hattorf und die Verschmelzungen im Kongern Deutsche Kali zeigen. Die Tatsache, daß Werte weit voneinander abliegen, gar nicht als Hindernis für eine Fusion, wie es eben die Ereignisse der letzten Zeit beweisen. Die Tendenz am Kali-Kurenmarkt bleibt fest, besonders für schwere Werte, so auch für elsässische Werte, ferner für Einigkeit, Hugo, Bergmannssegen.

* **Farbwerke vorm. Meister, Lucius & Brüning (Höchster Farbwerke).** Der Prospekt über 14 Millionen Mark neue Aktien bringt verschiedene neue Mitteilungen. In der Einleitung zu dem Prospekt wird betont, daß gegen Verluste aus den Beziehungen zu den ausländischen Beteiligungen durch entsprechende Rückstellungen Vorsorge getroffen sei. In dem Abschnitt über die Interessengemeinschaft wird hervorgehoben, daß für Höchst die auf Carbid beruhende Fabrikation von Stickstoff, Cyanstickstoffsäure und Aceton Sondergebiet sei. Die Fabrikanlagen befinden sich in Höchst a. M. mit einer Grundfläche von 2,86 Millionen Quadratmetern, wovon 371 900 Quadratmeter bebaut, und in Gersthofen mit einer Grundfläche von 188 400 Quadratmetern, wovon 32 800 Quadratmeter bebaut. Zum Betriebe dienen Dampfkessel einschließlich Lokomotiven mit einer Heizfläche von etwa 23 200 Quadratmetern, ferner Dampfmotoren und Elektromotoren mit etwa 52 600 PS. Die Zahl der beschäftigten Angestellten und Arbeiter beträgt etwa 14 000 gegen etwa 9000 im Jahre 1913. Die Bilanz ist auf Veranlassung der Zulassungsstelle in einigen Punkten ergänzt bzw. spezialisiert worden. Da nach befanden sich unter den Debitoren von 46,7 Millionen Mark 5,11 Millionen für Rotengahlungen auf noch nicht fertiggestellte Neuanlagen. Spezialisiert sind die Effekten, die in der Bilanz mit 36,7 Millionen Mark standen. Darunter befanden sich 23,52 Millionen Mark Deutsche Staatspapiere, ferner die Aktien der Kalle & Co. A.-G. mit Aktiengesellschaften, die Mehrheit Aktien der China-Export-, Import- und Bank-Gesellschaft zu Hamburg, die Dividenden bis zu 138 Proz. verteilt haben, die Mehrheit Aktien der A.-G. für Stickstoff-Dünger u. a. Aus dem Prospekt erfahren wir auch die letzten Dividenden der Leopold Cassella & Co., G. m. b. H.; sie betrugen in den letzten fünf Jahren bis zu 36 Proz.

* **Gründung einer Schiffshypothekenbank in Berlin.** Wie mitgeteilt wird, steht nach der jetzt in Hamburg erfolgten Gründung einer Schiffsbeleihungsbank eine neue Gründung in Berlin bevor. Die Gründungsgruppe setzt sich in erster Reihe aus der Dresdner Bank, der Berliner Handelsgesellschaft, der Deutschen Hypotheken-Aktien-Bank in Berlin und der Nationalbank für Deutschland zusammen. Das Grundkapital ist mit 10 Millionen Mark in Aussicht genommen. Für die Begründung des Instituts, welches einen vornehmlich gemeinnützigen Charakter tragen soll, gilt als Voraussetzung, daß die Bank die Erlaubnis zur Ausgabe von auf den Inhaber lautenden Pfandbriefen erhält.

Letzte Telegramme

Vor einer neuen Rede des Reichskanzlers

Berlin, 10. Jan. Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, beabsichtigt der Reichskanzler in den nächsten Tagen, wahrscheinlich am kommenden Montag, im Hauptausschuß zu erscheinen, um in einer größeren Rede auf die Kriegszielreden Lloyd Georges und Wilsons zu antworten.

Aus dem Reichstage

Berlin, 10. Januar. Die Fraktionsführer des Reichstags werden jetzt allabendlich im Auswärtigen Amt durch den Unterstaatssekretär Freiherrn von dem Busche über die Vorgänge in Brest-Litowsk in Kenntnis gesetzt.

Der im Hauptausschuß des Reichstages eingesetzte Unterausschuß ließ sich am Donnerstag abend über die Maßnahmen unterrichten, die getroffen sind bei elsaß-lothringischen Industriewerken, deren Besitzer nach Frankreich gegangen sind. Die Verhandlungen waren streng vertraulich.

Wetterbericht

vom 10. Januar: In ganz Deutschland nahm gestern der Frost weiter zu. Nach ihr sich im Westen Tauwetter eingestellt, hat sich ostwärts ausbreitete und heute morgen etwa die Elbe erreichte; im Osten hingegen hält die strenge Kälte noch an. Brombergs hatte heute früh — 16 Grad. Zum ist ist etwas Schnee gefallen. — Aussichten für Freitag: Veränderlich, vereinzelte Schneeschauer, wieder kälter.

Verantwortlich:
für den politischen Teil: Dr. Hans Simon; für Provinz, Bezirks- und Handelsteil: Georg Fernandes; für Oertliches und den übrigen Teil: Adolf Meyer; für den Anzeigenteil: Otto Kriebohm, sämtlich in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191801111-15/fragment/page=0004